

Beschluss des Landrats vom 12.01.2023

Nr. 1938

10. KTL Kindertagesklinik in Liestal – ein Juwel; Grundversorgung und Notfallbehandlung im oberen Kantonsteil

2022/507; Protokoll: bw

Caroline Mall (SVP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Caroline Mall (SVP) ist seit längerer Zeit an diesem Thema dran und ist sehr froh über die vorliegende Auslegeordnung. Den Medien kann man aktuell entnehmen, was im UKBB abgeht. Es muss nicht jeder und jede sofort in den Notfall. Es gibt andere Versorgungsstellen, die dasselbe anbieten. Die Regierung sagt, dass zwei Drittel der Fälle im Notfall könnten durch andere Anbieter bedient werden könnten. Es stellt sich die Frage, weshalb man sich nicht mit allen vorhandenen Möglichkeiten für eine Entlastung des UKBB einsetzt. Wie gross wären die Einsparungen (finanziell und für das Pflegepersonal), wären diese zwei Drittel nicht im UKBB?

Sven Inäbnit (FDP) findet es erstaunlich, dass im Landrat über eine private Organisation, die im Rahmen der geltenden Gesundheitsgesetze operiere, debattiert werde. Die Stossrichtung von Caroline Mall ist unklar. Was wird bezweckt? Es gelten dieselben Rahmenbedingungen für alle Gesundheitsinstitutionen. Caroline Mall hat sicherlich recht, dass im UKBB Stau bei der Patientenaufnahme herrscht, ein Kapazitätsengpass besteht und viele dieser Fälle absolut dezentral behandelt werden könnten. Aber der Landrat kann doch nicht für eine private Institution andere Spiesse schaffen, damit die Leute und ihre Kinder das dezentrale Angebot nutzen. Entweder wird dies über Anreize gesteuert, was gemäss Gesetz aber nicht möglich ist. Die Institution kann nicht subventioniert werden, sondern muss sich selbst das Renommee erarbeiten, dass die Patienten zu ihnen kommen. Es ist zwar absolut unterstützenswert, dass im oberen Kantonsteil eine dezentrale Anlaufstelle für die Pädiatrie besteht, aber es stellt sich schon die Frage, wo das Problem bei der Zusammenarbeit zwischen der KTK und dem UKBB liegt. Das ist der springende Punkt: Von beiden Seiten wird nichts Konkretes vernommen, ausser dem Lamento, dass die Leute mit ihren Kindern ins UKBB und nicht in die KTK gehen. Vielleicht kann die Regierung dieser Frage nachgehen. Die direkte Unterstützung einer privaten Organisation durch die Politik oder die Verwaltung ist aber einfach nicht möglich. Es liegt an den Institutionen, hier vorwärts zu kommen. Wenn das UKBB Interesse an einer Entlastung hat, muss es mit anderen Leistungserbringern in Kontakt treten.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) schliesst sich Sven Inäbnit in Bezug auf die Unterstützung der KTK durch den Kanton an. Die KTK erfüllt im Raum Liestal tatsächlich eine wichtige Aufgabe und deckt eine Lücke ab. Es handelt sich um eine ambulante Anlaufstelle für Eltern. Tagsüber ist sie geöffnet, am Wochenende nur eingeschränkt, am Abend gar nicht. Das zeigt auch schon, dass dennoch ein Teil der Patientinnen und Patienten trotzdem nach Basel fahren müssen. Der Rednerin stiessen die vielen Fälle auf, bei denen es sich offensichtlich um keine Notfälle handelte und die die Notfallstationen in Basel überschwemmen. Hier stellt sich die Frage, wie die Triage besser gemacht und Ärztinnen und Ärzte mehr in Verantwortung gezogen werden können, Patienten für den nächsten Tag zu verpflichten oder sie telefonisch zu behandeln. Es findet eine Verschiebung von Fällen, die am nächsten Tag behandelt werden könnten, zum Notfall statt. Das hat sicherlich auch mit der Sorge der Eltern zu tun, die sich irgendwo absichern wollen, dass sie noch

einen Tag zuwarten können. Man muss sich Gedanken darüber machen, wie dies besser aufgefangen werden kann.

Caroline Mall (SVP) gibt Sven Inäbnit Recht, allerdings weiss sie, dass in der Politik nur der stete Tropfen den Stein höhlt. In der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je. Manchmal muss man – auch ohne Vorhandensein der gesetzlichen Grundlagen – über den Tellerrand schauen und andere Möglichkeiten ausschöpfen. Caroline Mall hat den Verdacht, das UKBB wolle einfach nicht. Die GWL fliessen, wofür braucht es also ein Bündnis mit der KTK? Vor Jahren gab es Diskussionen darüber und es wäre beinahe zu einem Vertrag gekommen. Aber Hand aufs Herz: Schlussendlich geht es um das Geld. Wenn dieses vom Steuerzahler kommt, dann besteht relativ wenig Motivation, etwas dafür zu tun, auch andere zu berücksichtigen oder das eigene Personal und die eigene Infrastruktur zu entlasten. In der Antwort wird ausgeführt, dass ambulante Fälle im oberen Kantonsteil seit 2019 zunehmen: 13'825 Fälle aus dem oberen Baselbiet, die alle in das UKBB rennen. Eine bessere Kommunikation ist sicherlich möglich. Eltern müssen ins Boot geholt und Ängste abgebaut werden. Es gibt nicht nur das UKBB. Das würde schlussendlich allen dienen.

Urs Roth (SP) meint, die Leistungserbringung der beiden Institutionen sei entscheidend. Die Interpellation hinterlässt den Eindruck, dass ein Keil zwischen diese beiden Institutionen gegraben werden soll. Das ist gefährlich. Die KTK soll gute Leistung erbringen und soll und darf auch darüber reden. Es ist aber völlig verfehlt, nun gegen das UKBB zu schiessen. Das UKBB braucht Unterstützung, weil es tariflich im ambulanten Bereich unterfinanziert ist. Das betrifft aber nicht nur unsere Region, sondern die ganze Schweiz. Auch die Zunahme der ambulanten Fälle und die boomende Notfallbehandlung ist ein schweizweites Problem. Durch seinen Einsitz in der IGPK UKBB weiss Urs Roth, dass man sehr stark daran arbeitet, für Entlastung zu sorgen. Natürlich sind hier die KTK und auch andere Institutionen gefragt. Auch in der VGK wurde eine intensive Debatte geführt. Die KTK wurde eingeladen und hatte eine Plattform wie kaum eine andere Institution. Insofern ist die wiederholte Thematisierung im Landrat nicht verständlich. Urs Roth dankt für die Klarstellung seitens Regierung.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, die Interpellation werde zum genau richtigen Zeitpunkt beraten. Das Thema ist in der Tat akut. Am 20. Dezember besuchte der Regierungsrat zusammen mit seinem Amtskollegen aus Basel-Stadt, Lukas Engelberger, und den für die Versorgung zuständigen Verwaltungsmitarbeitenden die Notfallstation im UKBB. Diesbezüglich wird auf die Tabellen auf Seite 3 unten und vor allem auf Seite 4 oben hingewiesen. Auch für das UKBB selbst ist die Belastung durch die zu zwei Dritteln belegte Triagekategorie 5 gross. Das sind Fälle, die eigentlich gar nicht in ein Spitalsetting und schon gar nicht in einen Notfall gehören. Dieses Phänomen ist in der Kindermedizin noch stärker ausgeprägt als in der allgemeinen Medizin, obwohl auch andere Notfallstationen stark überlaufen sind. Deshalb ist es genauso wie von Urs Roth ausgeführt: Es geht nicht darum, dass der Staat eine Leistungsvereinbarung zwischen KTK und UKBB erzwingt, sondern auf deren Komplementarität hingewiesen wird. Im Moment hilft man dem UKBB in der Tat, wenn es nicht zu viele der Fälle aufnehmen muss, die auch in einer Pädiatriepraxis oder in der KTK behandelt werden können. Es geht um die Bekanntmachung dieser Situation, insofern ist der Regierungsrat froh über die gefüllte Medientribüne. Vielen Personen ist die Situation nicht bewusst und dass dies letztlich zulasten der Personen gehen kann, die auf eine Notfallbehandlung angewiesen sind. Wer im UKBB ankommt, wird von einer Fachperson triagiert. Jemand aus Kategorie 5 muss sehr lange warten, was zum Teil für Unverständnis sorgt. Für Eltern, die mit ihrem Kind aufgrund eines Schnitts im Finger ins Spital gehen, besteht die Welt im Moment nur aus diesem Schnitt. Das führt teilweise zu aggressivem Verhalten, weshalb mittlerweile auch Sicherheitspersonal auf den Notfallstationen ist. Der Regierungsrat beobachtet, dass der Austausch zwischen KTK und UKBB besser wird, auch weil Personen von der einen zur anderen Einrichtung gewech-

selt haben. Es geht darum, Leistungen bekannt zu machen und komplementär zusammenzuarbeiten und dies am liebsten mit starker politischer Unterstützung.

://: Die Interpellation ist erledigt.
